

Nr. 18/1255**Fragestunde**

1. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Dr. Martin Korol und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 15. Januar 2015
2. Positive Haarproben bei Kindern und Jugendlichen im Drogenumfeld
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 19. Januar 2015
3. Was passiert mit den 37 Millionen Euro Bußgeld und Gewinnabschöpfung des Rheinmetallkonzerns?
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. Januar 2015
4. Rechte Bremer Hooligans nach der HoGeSa-Krawalle von Köln
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 20. Januar 2015

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

5. Kredite in Schweizer Franken
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 20. Januar 2015
6. Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Januar 2015

Diese Anfragen sind von den Fragestellern zurückgezogen.

7. Sport in den Standorten der JVA
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 21. Januar 2015
8. Ausgleich von Investoren- und Gemeinwohlinteressen beim Kleinanlegerschutz
Anfrage der Abgeordneten Carsten Werner, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21. Januar 2015
9. Drohungen gegen Justiz und Ermittlungsbehörden
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 27. Januar 2015
10. Bremer Projekte für das Investitionsprogramm der EU-Kommission
Anfrage der Abgeordneten Dr. Hermann Kuhn, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27. Januar 2015
11. Ersparnis durch Schließung des Studiengangs Journalistik
Anfrage der Abgeordneten Elias Tsartilidis, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 29. Januar 2015

12. Krankenhauskeime auf dem Vormarsch?

Anfrage der Abgeordneten Rainer Bensch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 3. Februar 2015

13. Spenden von Amtsträgern für gemeinnützige Zwecke

Anfrage des Abgeordneten Jan Timke und Gruppe BÜRGER IN WUT vom 4. Februar 2015

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1256

Body-Cams bei den Polizeien im Land Bremen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13. November 2014
(Drucksache [18/1630](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der staatlichen Deputation für Inneres und Sport innerhalb von sechs Monaten ein mit der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit und dem Personalrat der Polizeien unter Berücksichtigung der Erfahrungen anderer Bundesländer abgestimmtes Konzept für den Einsatz von Body-Cams in öffentlich zugänglichen Räumen vorzulegen.

Nr. 18/1257

Sanktionen gegen Hartz-IV-Empfängerinnen und Hartz-IV-Empfänger im Land Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 18. November 2014
(Drucksache [18/1634](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2015

(Drucksache [18/1727](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1258

Bezahlbares Wohnen für einkommensärmere Menschen sicherstellen

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD vom 18. November 2014
(Drucksache [18/1642](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015

(Drucksache [18/1703](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1259

Telefonische Erreichbarkeit der Jobcenter

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 26. November 2014
(Drucksache [18/1651](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen.

Nr. 18/1260

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes – Übertragung von Infektionskrankheiten verhindern!

Antrag der Fraktion CDU
vom 10. Dezember 2014
(Drucksache [18/1665](#))
1. Lesung

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 18/1261

Gesetz zur Behandlungseinleitung bei Infektionen mit übertragbaren Krankheiten durch Dritte (BremBlüKDG)

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der CDU
vom 18. Februar 2016
(Neufassung der Drucksache [18/1734](#) vom 10. Februar 2015)
(Drucksache [18/1755](#))
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 18/1262

Bremen braucht eine „Kompetenzstelle Bauvorhaben“ zur Planung und Kontrolle öffentlicher Bauten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 10. Dezember 2014
(Drucksache [18/1669](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/1263

Die Steuerung öffentlichen Bauens verbessern!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 17. Februar 2015
(Drucksache [18/1752](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss bis zum 15. April 2015 über die Ergebnisse der einschlägigen Projekte im Rahmen der „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung“ zu berichten und dabei unter anderem folgende Fragen zu berücksichtigen:

- Was sind die wesentlichen Gründe, Erscheinungsformen und Folgen der verschiedentlich festgestellten mangelnden Koordination bei der Planung und Durchführung von Bauvorhaben der öffentlichen Hand? Welche Rahmenbedingungen und Regeln (u. a. Beteiligung, Fristen, Ressourcen) gelten dafür, sollen sie geändert werden?
- Was sind die wesentlichen Gründe, Erscheinungsformen und Folgen mangelnder Kommunikation zwischen Immobilien Bremen und den Fachressorts bzw. anderen Nutzern? Gelten dafür ausreichend klare Regeln, sollen sie geändert werden?
- Sind Änderungen bei der Bestandsaufnahme des baulichen Zustands öffentlicher Immobilien geplant?
- In welchen Fällen wird die Vorschaltung einer „Phase Null“ der Bauplanung für sinnvoll erachtet, um im Dialog, auch mit den zukünftigen Nutzern, verlässlichere Grundlagen für eine nachhaltige und tragfähige Planung zu erhalten?

- Wie soll die erste Planungsphase mit ihren grundsätzlichen Klärungen vertieft werden, mit dem Ziel, die Gesamtbauzeit zu verkürzen? Wird eine strikte Regelung eingeführt, dass nach der Entscheidungsunterlage Bau (ES-Bau) keine Änderungen mehr vorgenommen werden sollen?
- Welche „Risikoauflösungen“ werden bei der Kostenermittlung einberechnet, sind hier Veränderungen geplant?
- Ist bei Bauvorhaben der Fachressorts die Fähigkeit zur Wahrnehmung der Bauherrenschaft, auch bei speziellen Bauvorhaben, in jedem Fall ausreichend gegeben? Ist eine Unterstützung oder Übernahme dieser Aufgabe durch eine „gemeinsame Stelle“ (z. B. Immobilien Bremen) möglich und sinnvoll?
- Wird es bei der gegenwärtigen Praxis bleiben, wesentliche Planungskompetenzen nicht in den Ressorts vorzuhalten, sondern bei Architekten und Ingenieuren einzukaufen? In welcher Form wäre eine Bündelung, z. B. bei Immobilien Bremen, eine Alternative?
- Welche organisatorischen und personellen Änderungen bei Immobilien Bremen sind zur Umsetzung ggf. beabsichtigter Reformen geplant?
- Ist für die Umsetzung der ggf. geplanten Maßnahmen eine Änderung der Richtlinien für die Planung und Durchführung von Bauaufgaben (RLBau) notwendig und beabsichtigt?
- Welche Regeln für die Information bzw. erneute Beschlussfassung der Gremien der Bremischen Bürgerschaft bei Änderungen in der Bauplanung und Abwicklung sowie der Kostenentwicklung sind nach Auffassung des Senats sinnvoll?

Nr. 18/1264

Konsequenzen aus TEN-Erfahrung ziehen – Gemeinsames Kommunalunternehmen Krankenhausbau einrichten

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 10. Dezember 2014
(Drucksache [18/1670](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 18/1265

Altersarmut in Bremen und Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 26. November 2014
(Drucksache [18/1652](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 20. Januar 2015

(Drucksache [18/1710](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1266

Resistenzen vermeiden – Gebrauch von Triclosan-Reinigern einschränken

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 8. Dezember 2014
(Drucksache [18/1662](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- a) der Einsatz von Triclosan oder anderen Substanzen der chemischen Stoffgruppe der polychlorierten Phenoxyphenole auf medizinische Bereiche beschränkt und die Anwendung überall dort ausdrücklich verboten wird, wo absolute Keimfreiheit nicht erforderlich ist oder alternative Mittel bzw. Methoden angewendet werden können,
 - b) Triclosan in Kosmetikprodukten und Zahnreinigungsmitteln nicht verwendet werden darf und
 - c) in die EU–Liste der Stoffe aufgenommen wird, deren Konzentration in der Umwelt vorrangig zu überwachen ist.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die bestehende Länderzuständigkeit zu nutzen und Triclosan unverzüglich in die Liste der Stoffe aufzunehmen, deren Vorkommen und Konzentration bei Gewässerproben zu bestimmen sind und dafür zu sorgen, dass die Ergebnisse in die Umweltberichterstattung einfließen.

Nr. 18/1267

Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte und Einsatzkräfte

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2014
(Drucksache [18/1666](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2015

(Drucksache [18/1728](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1268

Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen bei Beamten – Gesetz zur Änderung des Bremischen Beamtengesetzes

Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Februar 2015
(Drucksache [18/1745](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt das Gesetz in erster Lesung ab. Damit unterbleibt gemäß § 35 Satz 2 der Geschäftsordnung jede weitere Lesung.

Nr. 18/1269

Akzeptanz für Flüchtlinge stärken!

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2014
(Drucksache [18/1667](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Februar 2015

(Drucksache [18/1729](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 18/1270

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Änderung des Jugendgerichtsgesetzes
Antrag der Fraktion der CDU
vom 2. Dezember 2014
(Drucksache [18/1656](#))

2. Wie geht Bremen mit Menschen mit Demenz um?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 10. Dezember 2014
(Drucksache [18/1668](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2015
(Drucksache [18/1720](#))
3. Gastschulgeldvereinbarung zwischen den Ländern Niedersachsen und Bremen
neu und angemessen gestalten
Antrag der Fraktion der CDU
vom 16. Dezember 2014
(Drucksache [18/1675](#))
4. Zwischenbericht zum Entwicklungsplan Partizipation und Integration: Integration
im Handlungsfeld Bildung
Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2014
(Drucksache [18/1680](#))
5. 4. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der bre-
mischen Verwaltung
Mitteilung des Senats vom 19. November 2013
(Drucksache [18/1155](#))
6. 4. Fortschrittsbericht zur Umsetzung von Gender-Mainstreaming in der bre-
mischen Verwaltung
Bericht und Antrag des Ausschusses für die Gleichstellung der Frau
vom 16. Dezember 2014
(Drucksache [18/1686](#))
7. 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Informationsfreiheit
vom 21. März 2014
(Drucksache [18/1319](#))
8. Stellungnahme des Senats zum 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für
Informationsfreiheit
Mitteilung des Senats vom 12. August 2014
(Drucksache [18/1520](#))
9. Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz
und Informationsfreiheit zum 8. Jahresbericht der Landesbeauftragten für
Informationsfreiheit vom 21. März 2014 ([Drs. 18/1319](#)) und zur Stellungnahme
des Senats vom 12. August 2014 ([Drs. 18/1520](#))
vom 17. Dezember 2014
(Drucksache [18/1689](#))
10. 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für Datenschutz
vom 21. März 2014
(Drucksache [18/1320](#))
11. Stellungnahme des Senats zum 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für
Datenschutz
Mitteilung des Senats vom 12. August 2014
(Drucksache [18/1521](#))
12. Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz
und Informationsfreiheit zum 36. Jahresbericht der Landesbeauftragten für
Datenschutz vom 21. März 2014 ([Drs. 18/1320](#)) und zur Stellungnahme des
Senats vom 12. August 2014 ([Drs. 18/1521](#))
vom 17. Dezember 2014
(Drucksache [18/1690](#))

13. LuxLeaks muss ein Wendepunkt für die europäische Steuerpolitik werden!
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 13. Januar 2015
(Drucksache [18/1697](#))
14. Evaluierung der Umsetzung der EU-Strategie der Freien Hansestadt Bremen für die 18. Legislaturperiode vom 10. Juli 2012
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache [18/1699](#))
15. Versorgungssituation von seelisch verletzten und psychisch kranken Menschen mit geistiger Behinderung verbessern!
Mitteilung des Senats vom 13. Januar 2015
(Drucksache [18/1701](#))
16. Aktenhalden bei der Polizei
Antrag der Fraktion der CDU
vom 20. Januar 2015
(Drucksache [18/1709](#))
17. Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 21. Januar 2015
(Drucksache [18/1715](#))
18. Gesetz zur Änderung des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch – Gesetz zur Ausführung des Kinder – und Jugendhilfegesetzes im Lande Bremen
Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2015
(Drucksache [18/1716](#))
1. Lesung
2. Lesung
19. Fit für die Vergabe
Mitteilung des Senats vom 27. Januar 2015
(Drucksache [18/1719](#))
20. Passgenaue Ausbildungsgänge in der Kultur- und Kreativwirtschaft schaffen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 27. Januar 2015
(Drucksache [18/1723](#))
21. Facebook-Fahndung einführen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 17. Januar 2012
(Drucksache [18/199](#))
22. Facebook-Fahndung einführen
Bericht und Antrag der staatlichen Deputation für Inneres und Sport
vom 3. Februar 2015
(Drucksache [18/1725](#))
23. Die erfreuliche Geburtensteigerung in Bremen durch Investitionen in Kreißsäle unterstützen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 10. Februar 2015
(Drucksache [18/1732](#))
24. Grundgesetz achten, Glaubens- und Bekenntnisfreiheit respektieren!
Antrag (Entschließung) der Gruppe BÜRGER IN WUT
vom 16. Februar 2015
(Drucksache [18/1743](#))

